

zur Durchführung der Planwirtschaft. An die Stelle von Selbstverwaltung und Selbstverantwortung traten Bürokratie und Zentralismus. Nicht überall hatte die Verstaatlichung den gleichen Erfolg. Während beispielsweise in der Tschechoslowakei nach anfänglichen Schwierigkeiten die Kollektivierung 1960 als abgeschlossen galt, verweigerten die Polen ihre Mitgliedschaft, so daß die Kollektivierung dort als gescheitert angesehen werden kann.

Im Zuge der Umgestaltung erinnert man sich in Ostmitteleuropa und Südosteuropa wieder an die früher gut funktionierenden Genossenschaften; es müssen jedoch noch viele Schwierigkeiten überwunden werden. In Polen brachte ein neues Gesetz zwar die Selbständigkeit der Genossenschaften, aber die alten Strukturen blieben erhalten. Kaum einer vertraut ihnen, so daß das Interesse entsprechend gering ist und sie dem Konkurs entgegengehen. Auch in Ungarn stehen zahlreiche ineffiziente Genossenschaften vor dem Ruin und damit viele Personen vor der Arbeitslosigkeit. Die effizienten Genossenschaften befinden sich in der Hand von findigen Managern, die die gesamte Macht an sich gerissen haben; die Mitglieder sind nur noch Arbeitnehmer. In Bulgarien ist man sich der genossenschaftlichen Tradition wohl bewußt, aber eine Privatisierung ist nicht in Sicht. In der Tschechoslowakei wurden erste Anfänge gemacht, allerdings unter Ausschluß der landwirtschaftlichen Kolchosen. Diese entwickelten sich zum Teil zu riesigen Betrieben, die ihr ursprüngliches Aufgabenfeld weit ausdehnten und deren Umgestaltung mehr Nachteile als Vorteile bringen würde. Die Genossenschaften sollen freiwillig und für alle offen sein, das genossenschaftliche Eigentum soll zurückgegeben werden. Vorbild ist das Genossenschaftswesen in Westeuropa. Ob allerdings diesen Anfängen Erfolg beschieden sein wird, hängt in ganz entscheidendem Maße von einer umfassenden Gesetzgebung ab, die bisher noch in keinem osteuropäischen Land erfolgt ist.

Es ist unstrittig, daß der Aufbau Ostmitteleuropas nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft nur durch den Übergang zur Marktwirtschaft möglich ist – die Genossenschaften können hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. Voraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft und damit auch für funktionierende Genossenschaften ist allerdings die Zulassung von Privatbesitz. Es müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Grundlage für einen ruhigen Aufbau gewährleisten. Dabei muß unbedingt von der Bürokratisierung und Politisierung der Genossenschaften abgesehen werden, damit man nicht in die gleichen Fehler wie in manchen Entwicklungsländern verfällt. Genossenschaften können keine Alternative zur Planwirtschaft sein, wohl aber ein Weg, die Marktwirtschaft einzuführen und marktwirtschaftliche Mechanismen zu erlernen. Der Weg dorthin ist allerdings noch sehr weit und steinig.

Marburg a. d. Lahn

Andreas Reich

1848 – Revolutionen in Ostmitteleuropa

Bad Wiesseer Tagung des Collegium Carolinum
30. November – 1. Dezember 1990

Als man vor zwei Jahren allenthalben an die berühmten Achter-Jahre der böhmischen Geschichte erinnerte, geriet auch das Jahr 1848 ins Blickfeld des Interesses. Dies mag äußerer Anlaß für das Collegium Carolinum gewesen sein, seine Tagung 1990 in Bad Wiessee diesem Thema zu widmen. Der eigentliche Grund liegt aber tiefer: Es ging darum – wie Prof. Dr. Ferdinand Seibt (Bochum), der Leiter dieser Forschungsstelle für die böhmischen Länder, in seinem Eröffnungsvortrag „Revolutionen als europäisches Problem“, sagte – die Revolution von 1848 als erste wirklich internationale

Revolution typologisch zu erfassen. Es sollten die vielfältig verflochtenen Ereignisse von Paris über Berlin und Wien bis Prag, Budapest und Mailand auf ihre Ähnlichkeit hin untersucht werden, auch im Hinblick auf die Ähnlichkeit der europäischen Gesellschaft, gegen die revoltiert wurde. Dabei waren ebenso soziale Kategorien zu erfassen wie politische. Denn obwohl die Revolution von 1848 als gescheitert angesehen wird, hat sie doch in vielfacher Weise das politische Bewußtsein mobilisiert und das Erwachen nationaler Interessen gefördert, die in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. dann in schier unlösbare nationale Gegensätze umschlugen.

Dem komplexen Thema angemessen, erprobte das Collegium Carolinum einen neuen Arbeitsstil. Nicht lange, ausgefeilte Referate waren gefragt, sondern intensive Diskussionen einzelner Problembereiche. Zu vorgelegten Thesen wurden von Fachleuten, die – der veränderten politischen Lage entsprechend – nicht nur aus Deutschland und dem westlichen Ausland, sondern aus ganz Ostmitteleuropa gekommen waren, Ergänzungen und Gendarstellungen vorgetragen. So ergab sich eine sehr lebendige Atmosphäre kontroverser Diskussionen. Sollte dadurch gelegentlich die wissenschaftliche Genauigkeit gelitten haben, wird man umso gespannter auf die Veröffentlichung des Tagungsbandes warten, da die Referenten die Anregungen der Diskussionen bereits in ihre Darlegungen einarbeiten können.

In einer ersten Arbeitseinheit stand der Vergleich des nationalen und demokratischen Aufbruchs in den verschiedenen politischen Zentren Ostmitteleuropas im Mittelpunkt. Rudolf Jaworski (Kiel) („Revolution und nationale Frage“) schilderte zunächst die nationale, demokratische und liberale Aufbruchsstimmung des Vormärz und zeigte dabei, daß in dieser Zeit die Völker Ostmitteleuropas auf ganz unterschiedlichen Stufen ihrer nationalen Selbstfindung standen. Der „Flächenbrand“ der Revolution hat dann dazu geführt, daß „die meisten ostmitteleuropäischen Völker jetzt zum ersten Mal als unterscheidbare Existenzen von außen wahrgenommen worden sind“. So haben die Ereignisse von 1848 zu einer Angleichung der „historischen“ und der eben erst „erweckten“ Nationalitäten geführt. Freilich haben sich letztlich die traditionellen Führungseliten noch einmal durchgesetzt und der Traum der Revolutionäre, einen freien Bund gleichberechtigter Völker zu schaffen, ist gescheitert. Die Nationalitätenfrage, die in Ostmitteleuropa der eigentliche Motor der Revolution gewesen war, blieb ungelöst und wurde so zum entscheidenden Hindernis für den Erfolg dieser Revolution.

Einzelaspekte des Themas untersuchten Jiří Kořalka (Prag): „Die deutsche Einigung und die tschechische nationale Identität“, Milan Otahal (Prag): „Palacký und die tschechischen Liberalen“, Krzysztof Makowski (Posen): „Die Revolution in Posen 1848“ und Pavel Poilák (Preßburg): „Die Revolution von 1848 in den Landstädten Oberungarns“. Die Prager Referenten behandelten dabei vor allem den Konflikt zwischen dem westeuropäischen Begriff einer Staatsnation, wie er in der Paulskirche Anwendung fand, und dem ethnisch-kulturellen Nationsbegriff, wie er im Kreis der liberalen Tschechen um František Palacký gepflegt wurde. Während die deutschen Parlamentarier dazu neigten, in den Tschechen nur „slawisch sprechende Deutsche“, also Staatsbürger des Deutschen Bundes zu sehen, lehnte Palacký bekanntlich die Einladung zur Paulskirche ab, da er als Tscheche nicht an der Errichtung eines deutschen Nationalstaates mitwirken könne. Palackýs Vorstellungen und die seiner liberalen Freunde lassen sich eher mit den Begriffen „Austroslawismus“ und „Treue zur Dynastie“ erfassen, da nach ihrer Meinung allein das auf föderativer Grundlage reorganisierte Habsburgerreich den Tschechen die Möglichkeit nationaler Selbstverwirklichung bieten konnte.

Die Schilderung der revolutionären Ereignisse in Posen und in Oberungarn vervollständigten das Bild. Die Diskussion der damit aufgeworfenen Fragen zeigte, daß der hohe Stellenwert, den die Revolution von 1848 für die Nationswerdung der ostmittel-

europäischen Völker hat, noch heute zu heftigen Kontroversen, z. B. zwischen Ungarn und Slowaken, führen kann.

Die nächste Themengruppe „Sozialhistorische Faktoren der Revolution von 1848“ leitete Otto Urban (Prag) mit dem Referat „Der Reichstag in Kremsier und die böhmische und habsburgische Frage“ ein. Er stellte dabei klar, daß die wesentlichsten Ereignisse der Revolution nicht nationaler Art waren, sondern in der Veränderung der Lebensweise lagen. Modernität und Freiheit seien die Schlagworte gewesen, die dann freilich vom nationalen Denken überformt wurden. So haben die Ereignisse von 1848 einen Prozeß in Gang gesetzt, der bis in die siebziger Jahre weiterging. 1848 seien im Bürgertum selbst die Beharrungskräfte noch viel zu stark gewesen, als daß sich die revolutionären Ideen hätten durchsetzen können. Armee, Diplomatie und innere Verwaltung konnten so den Zentralstaat über die Krise hinwegretten.

Einzelaspekten dieser Fragen gingen die folgenden Referenten nach. Peter Heumos (München) beleuchtete den Stellenwert der Bauernbefreiung in den böhmischen Ländern. Da hier bäuerlicher Widerstand die Ausübung von Herrschaft gefährden konnte, habe die Obrigkeit einerseits versucht, ihre Untertanen zu kontrollieren, andererseits sich aber auch erfolgreich bemüht, Aufstandsursachen langfristig zu verhüten. So verzichteten die Bauern 1848 „zugunsten disziplinierter Interessenvertretung auf die überkommene Form der Revolte“. Waltraud Heindl (Wien) legte dar, wie der revolutionäre Sinn des Wiener liberalen Bürgertums aus einem Krisenbewußtsein entstand, das sich ebenso sehr aus verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Schwierigkeiten näherte wie aus einer Krise des Universitätsbetriebs und der daraus folgenden Akademikerarbeitslosigkeit. Dies führte zu einem Gefühl der sozialen und kulturellen Benachteiligung, das viele neidvoll über die schwarz-rot-goldenen Grenzen blicken ließ. Péter Hanák (Budapest) zeigte anhand der ganz anders strukturierten ungarischen Gesellschaft, wie hier in den Städten eine Schicht des „Bildungsadels“ wichtige Impulse zur Verbürgerlichung gab, während auf dem Lande die Lockerung des feudalen Systems große Verschiebungen brachte, die zu einer allmählichen Unabhängigkeit der Bauern führten. Ähnliche Ergebnisse legte Stane Granda (Laibach) für Slowenien vor, wo ebenfalls die Lage der Bauern das Hauptinteresse beanspruchte. Slowenische Intellektuelle und Geistliche stellten ein nationales Programm auf mit den Forderungen nach einer Vereinigung aller Slowenen und der Einführung des Slowenischen als Amtssprache. So wurde das Verlangen nach einem Abbau des Feudalsystems verbunden mit dem Wunsch nach ethnischer Autonomie.

Der dritte Themenkreis erforschte die Auswirkungen der Revolution von 1848 auf das europäische Staatensystem und das Beharrungsvermögen der gegenrevolutionären Kräfte. In zehn Thesen erhellte Hans Henning Hahn (Köln) („Die internationalen Beziehungen in Europa 1848/49“) die Strukturkrise, die das bis dahin auf Beharrung, Solidarität und gemeinsames Krisenmanagement ausgerichtete Staatensystem durch die 48er Revolution erfuhr. Unter dem Eindruck der großen internationalen Finanzkrise und der Februarrevolution in Frankreich fiel die seit 1815 festgefügte Allianzstruktur auseinander. Damit erhielten Einzelinteressen den Vorrang vor der gesamteuropäischen Friedenssicherung und in weiten Kreisen des Bürgertums setzte sich verhängnisvollerweise die Überzeugung durch, internationale Beziehungen seien an sich auf Auseinandersetzung hin angelegt.

Als Korreferenten zu diesem Thema sprachen James Chastain (Athens/Ohio): „Frankreich und Ostmitteleuropa 1848“, Günter Wollstein (Augsburg): „Die außenpolitische Debatte in der Paulskirche im Oktober 1848“, András Gergely (Budapest): „Budapest und Frankfurt 1848“, Josef Kolečka (Brünn): „Der Slawenkongreß in Prag“ und Jiří Staif (Prag): „Der tschechische Austroslawismus“.

Frankreich habe während der revolutionären Ereignisse von 1848 in der russischen und österreichischen Regierung seine Hauptgegner gesehen und in Preußen und den

austroslawischen Bewegungen seine Hauptverbündeten, vor allem in dem Bemühen, auf die Befreiung Polens hinzuwirken.

Die deutsche Nationalversammlung rang im Oktober 1848 in einer mit äußerstem Einsatz geführten Debatte um die Fragen der Grenzen Deutschlands. Das Ergebnis war eine breite Mehrheit für die großdeutsche Lösung. Somit hätte ein solches, an den Grenzen des Deutschen Bundes orientiertes Reich auch nichtdeutsche Bevölkerungsteile umfaßt. Die Gefahr einer Unterdrückung nationaler Minderheiten sahen die Parlamente dennoch nicht, da sie auf die Wirksamkeit der liberalen Grundwerte, auf die föderalistische Struktur des Staates und auf die eigene hochentwickelte politische Kultur vertrauten. Ungarns Reaktionen auf die Bemühungen der Paulskirche waren zwiespältig. Einerseits rechnete man damit, daß die großdeutsche Lösung der Grenzfrage automatisch die Selbständigkeit Ungarns bewirken werde, andererseits fürchtete man doch die Bedrohung durch ein solch übermächtiges Deutschland. Der Versuch, einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen Ungarn und Deutschland abzuschließen, scheiterte in dem Moment, als Ungarn mit Paris weitere Bindungen einzugehen suchte.

Währenddessen wandten sich die in Prag versammelten Vertreter der slawischen Völker Österreichs gegen die Frankfurter Versammlung und traten in ihrer Mehrheit ein für eine „Verbrüderung stammverwandter Völkerschaften und vollkommene Gleichberechtigung der Nationalitäten im wiedergeborenen Österreich in einer Form des Föderativstaates“. Allerdings gab es gegen diese Haltung der Delegierten, die Hauptaufgabe darin zu sehen, Österreich zu bewahren, Opposition von jenen, die der Meinung waren: „Uns Slawen müssen wir retten!“ Jedenfalls war der auf dem Kongreß zutage getretene Austroslawismus etwas ganz anderes als der spätere Panslawismus, der sich an Rußland orientierte. Angesichts der rasch sich zugunsten der alten Ordnung verändernden Verhältnisse hatten die in Prag diskutierten Ideen ebensowenig eine Chance auf Verwirklichung wie die Verfassungsentwürfe Palackýs. Fürst Windischgrätz, der nicht in den Kategorien einer tschechischen Nationswerdung dachte, sondern die Ereignisse als soziale Unruhen ansah, warf den Prager Aufstand nieder.

Die Abschlußdiskussion vertiefte noch einmal die erarbeiteten Aspekte in all ihrer Vielfalt. Dabei betonte Helmut Rumpfer (Klagenfurt), daß die Revolution von 1848 den Wendepunkt von der Konsensidee zur nationalen Interessenpolitik gebracht hat und so der „Völkerfrühling“ gleichzeitig zum Beginn der Durchsetzung nationaler Größe um jeden Preis wurde. Im sozialen Bereich mußte sich von nun an der Staat neu legitimieren; die soziale Frage war zur Angelegenheit von Regierungen geworden. Für das Bürgertum war diese Revolution eher eine Konsolidierung und kein wirklicher Aufbruch. Trotz des vielfachen Scheiterns haben aber die Ideen dieser Revolution weitergewirkt und die Politiker der nächsten Generation beeinflußt.

Ferdinand Seibt sah als Hauptergebnis der 48er Revolution den gewaltigen Sprung hin zur Fundamentalpolitisation der Völker und damit zu den Erschütterungen im politischen Bewußtsein der Menschen. „Ohne 1848 wären die Monarchien im Jahre 1918 nicht so einfach abgetreten.“

So hat diese Tagung die Brennpunkte des Themas im Geschichtsbild und in der Forschung widergespiegelt. Sie hat es den Teilnehmern möglich gemacht, die mit der Revolution verbundenen sozialen und nationalen Emanzipationsprozesse differenzierter zu sehen. Dort wo Lücken blieben, etwa bei der Frage nach der Rolle der Kirche in diesem Prozeß oder bei der Stellung der Juden, hat sie Anregungen zu weiterer Forschung gegeben. Sie hat damit einen guten Schritt nach vorn in der Erforschung eines Themas gebracht, dessen gesamteuropäische Bedeutung oft übersehen wird, und sie hat auf der Ebene der Wissenschaft ein Feld der Zusammenarbeit zwischen Forschern aus Deutschland und aus den nun freien Ländern Ostmitteleuropas erschlossen: Was kann Besseres von einer solchen Tagung gesagt werden?